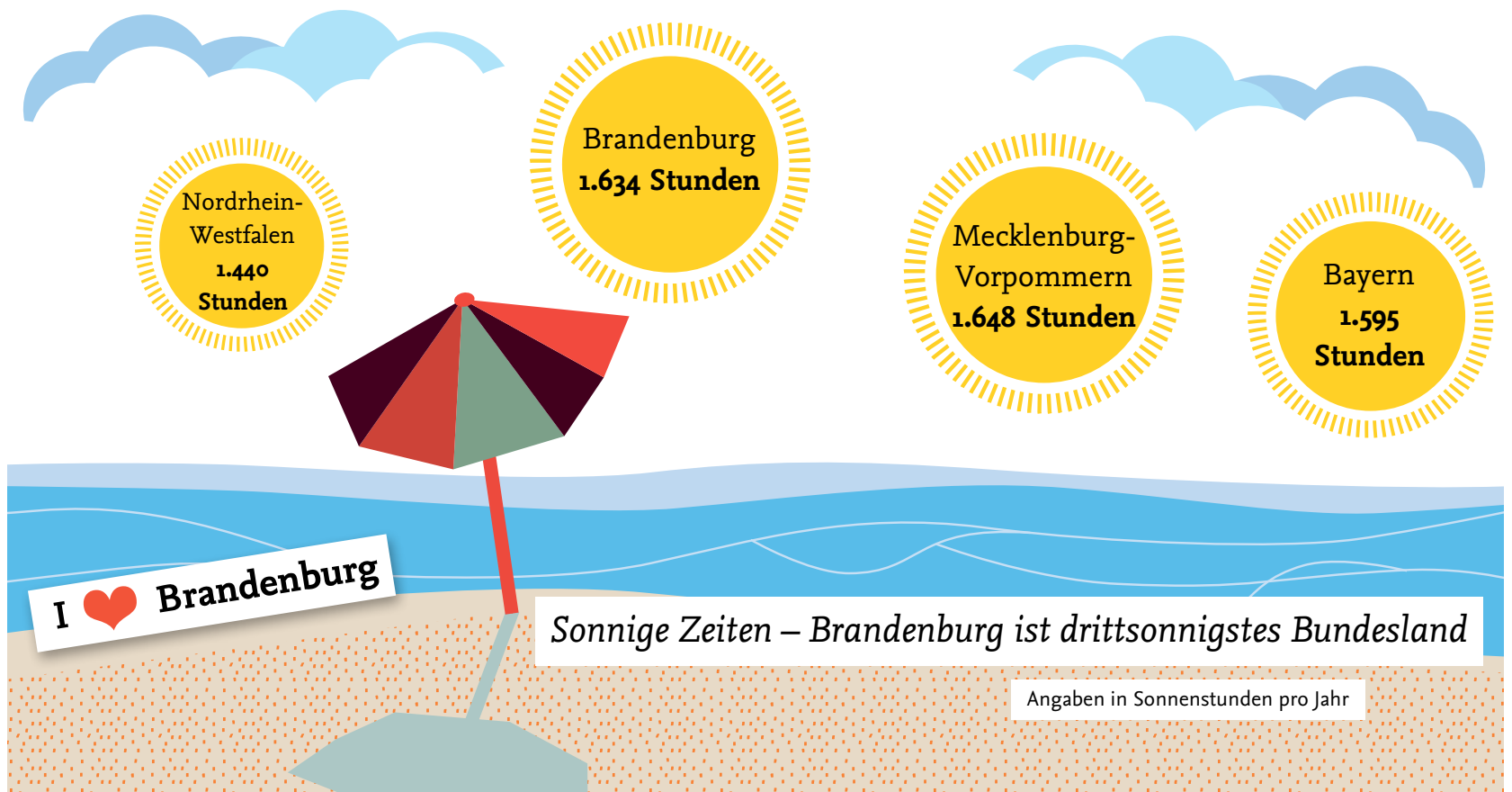


# Schöner leben ohne Nazis



## DIE HOHLEN PHRASEN VON NPD & CO.

Vier Mal stehen die Brandenburgerinnen und Brandenburger demnächst vor der Wahl: Am 22. September 2013 wird der Bundestag gewählt. Im Frühjahr 2014 stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament und zu den Gemeindevertretungen in Brandenburg an. Im Herbst nächsten Jahres wird schließlich der Landtag in Potsdam neu bestimmt.

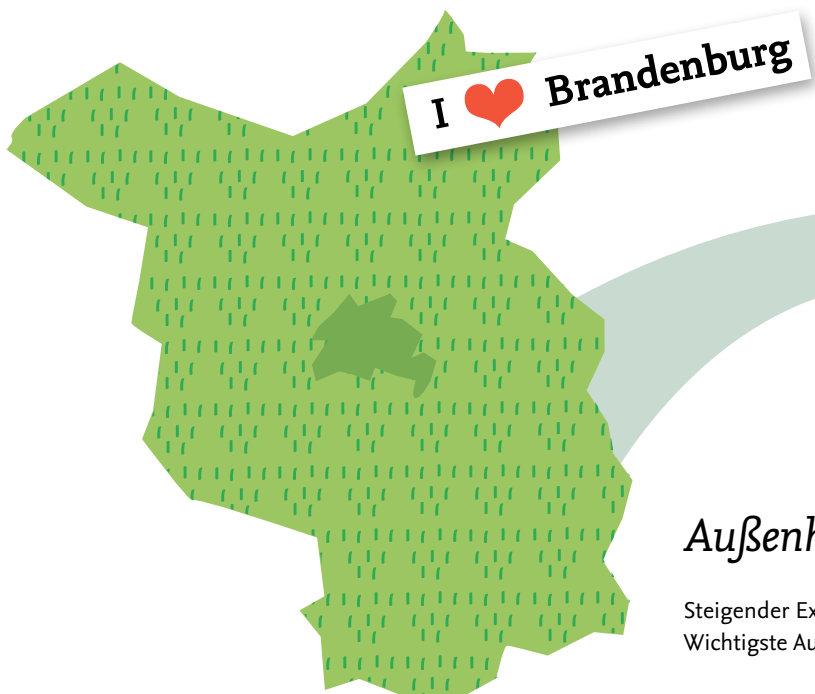
Egal ob auf Bundes- oder Landesebene, in Europa oder den Kommunen: Viele bewegt die Frage, ob genug Geld da sein wird, für sich, die Kinder und Familie, für Schulen, Krankenversorgung oder die Rente. Viele haben aber auch Angst vor Kriminalität, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit.

### Es geht um unsere Zukunft

Angesichts der Wirtschafts- und Währungs Krise sind soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit für die meisten Menschen in Brandenburg die entscheidenden Themen. Bankenrettung, Eurokrise, Staatsverschuldung, Schuldenbremse – alles hängt scheinbar mit allem zusammen und ist schwer zu verstehen. Klar ist nur, damit sind weitreichende Auswirkungen auf das eigene Leben und Arbeiten verbunden. Viele Menschen fragen sich, was man in dieser Situation tun kann, wem man seine Stimme geben soll, wie eine richtige Politik aussehen könnte. Zum Beispiel, ob man nicht doch besser zur D-Mark zurückkehren sollte. Alle großen Parteien sprechen sich für den Euro aus. Nicht so die „Alternative für Deutschland“ oder die NPD. Sie wollen aus dem Euro austreten. Aber würde eine Auflösung der Eurozone die europäische Wirtschaft nicht in eine tiefe Krise stürzen und damit die deutsche Wirtschaft, die vom Geschäft mit Europa abhängt?

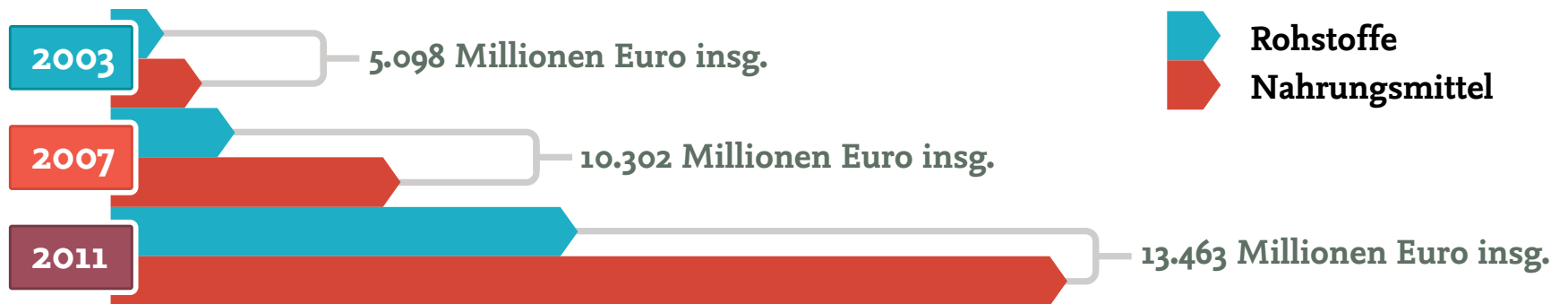
### Nicht blenden lassen

Wir meinen, dass die Programme der Eurogegner zu Verarmung führen, wenn sie umgesetzt würden. Wir meinen, die Gegner des Euro – seien es die NPD, „Pro Deutschland“ oder die neu gegründete Partei „Alternative für Deutschland“ – machen falsche Versprechungen. Bevor man ihnen seine Stimme gibt, sollte man sich deshalb genau anschauen, was sie wollen. Das gilt vor allem für die NPD. Auf ihren Wahlplakaten tut sie harmlos und freundlich. Aber die NPD ist gegen die Demokratie, sie vertritt mörderische Ideen, ist gewalttätig. Die NPD ist keine soziale Protestpartei, sie gibt sich nur so und verbreitet simple Parolen. Zwar will sie die Stimmen der „kleinen Leute“, um dafür nach der Wahl Geld vom Staat zu kassieren. Für deren Probleme bietet sie jedoch keine Lösungen an. Was ganz bestimmt nicht hilft in der derzeitigen schwierigen Lage, sind Leute, die Hitler verehren und Ausländern oder Juden die Schuld an allem geben, was schief läuft.



## Außenhandel

Steigender Export raus aus Brandenburg in die Welt:  
Wichtigste Ausfuhrländer sind Frankreich und die USA.



Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

# NATIONAL IST UNSOZIAL

*Warum die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NPD realitätsfremd sind und ihre Umsetzung den Menschen in Brandenburg nur schaden würde*

Die NPD behauptet von sich, sie sei sehr sozial. Das tun andere Parteien auch. Die NPD hat aber einen besonderen Leitspruch: „Sozial geht nur national.“ Was sie damit sagen will: Soziale Gerechtigkeit gibt es nur, wenn sich Deutschland und auch Brandenburg vom Ausland abschotten. Das ist aber Unsinn.

Immer wieder ist in der Zeitung zu lesen: Fabriken schließen in Deutschland und machen in Tschechien oder irgendwo in Asien wieder auf. Arbeitsplätze werden ins Ausland verlagert. Deutsche Unternehmen investieren außer Landes anstatt daheim. Das kritisiert die NPD. Sie will die verloren gegangenen Jobs wieder nach Hause holen und dafür sorgen, dass die Deutschen vor allem unter sich bleiben.

Als „wirtschaftspolitisches Staatsziel“ nennt ihr Parteiprogramm daher „eine weitestgehende Selbstversorgung“ Deutschlands. „Die grundlegenden

Bedürfnisse sollen in den heimat- und lebensnahen Wirtschaftsräumen abgedeckt werden.“ Zudem „lehnt die NPD die durch den globalen Freihandel systematisch hervorgerufene weltweite Konkurrenzsituation entschieden ab“ und will sich dieser nicht unterwerfen.

### Wie will die NPD ihre wirtschaftspolitischen Ziele erreichen?

Indem die Ausländer, die hier leben, nach Hause geschickt werden. Indem die deutschen Unternehmen nicht mehr so abhängig sind vom Export ins Ausland. Indem die Deutschen ihr im Ausland angelegtes Geld zurückholen und künftig in der Heimat investieren. Das ist die wirtschaftliche Grundlage für das national-soziale Programm der NPD.

Damit tut die NPD so, als kämen sämtliche sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut sowie die Lohnkonkurrenz aus dem Ausland und könnten durch eine verstärkte Abschottung unseres Landes gelöst werden.

Das kann aber gar nicht klappen. Warum nicht? Weil die deutschen Unternehmen vom Ausland profitieren und weil der deutsche Wohlstand zu einem Großteil aus dem Ausland kommt. Hierfür einige

### Beispiele:

**ZEHN MILLIONEN ARBEITSPLÄTZE IN DEUTSCHLAND HÄNGEN VOM EXPORT AB**

**Export:** Deutsche Unternehmen verkaufen jedes Jahr Waren und Dienstleistungen für über 1.000 Milliarden Euro ins Ausland. Vor allem Autos, Maschinen, Anlagen, chemische und elektrische Erzeugnisse. 1.000 Milliarden Euro – das ist fast die Hälfte der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung. Auch das Land Brandenburg führt immer mehr Waren (2011 im Gesamtwert von 13,5 Milliarden Euro) aus, vor allem in Länder wie Frankreich, USA und Polen.

Der Export lohnt sich also für die deutschen Unternehmen, aber auch für viele Beschäftigte. Derzeit hängen etwa zehn Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vom Export ab. Das ist ein Viertel aller Jobs.

Was sollen zehn Millionen Facharbeiterinnen und Facharbeiter eigentlich in Zukunft tun, wenn der Export gezielt reduziert wird? Was passiert mit den Fabriken und Unternehmen, die bislang vorwiegend ins Ausland liefern? Soll Adidas künftig alle seine Turnschuhe in Deutschland verkaufen und Siemens seine Kraftwerksparks nach Brandenburg statt nach Brasilien liefern? Wenn Metro seine Supermärkte in Osteuropa zumacht – soll es die dann in Deutschland wieder aufmachen? Wer soll da einkaufen gehen?

Auf all diese Fragen hat die NPD keine Antwort.

## DIE VON DER NPD VERTRE- TENE „RAUMORIENTIERTE“ WIRTSCHAFTSPOLITIK LÄUFT AUF EINE GIGANTISCHE SCHRUMPUNG HINAUS

**Auslandsvermögen:** Der Bestand an deutschen Investitionen im Ausland liegt aktuell bei etwa 1.100 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere Auslandsanlagen. Zum Beispiel die Aktien ausländischer Unternehmen, die Deutsche gekauft haben, oder die Kredite, die deutsche Personen und Unternehmen ans Ausland gegeben haben und auf die sie Zinsen erhalten. Dann kommt man auf ein Auslandsvermögen Deutschlands von 7.000 Milliarden Euro. Das ist die gesamte deutsche Wirtschaftsleistung von fast drei Jahren.

Nach dem Willen der NPD soll damit Schluss sein und in Zukunft nur noch in „regionale Wirtschaftskreisläufe“ investiert werden. Das Ergebnis wären erhebliche Wohlstandseinbußen. Man kann die deut-

sche Wirtschaft nämlich nicht in ein großes Familienunternehmen umwandeln. Die Abermilliarden, die im Ausland verdient werden, können nicht im Inland erwirtschaftet werden. Dafür ist Deutschland bezogen auf seine Einwohnerzahl schlichtweg zu klein.

Die lauschige „raumorientierte Wirtschaft“ der NPD, in der die Deutschen unter sich bleiben, ist also eine falsche Idylle. Setzt man sie durch, bedeutet das: eine gigantische Schrumpfung der deutschen Wirtschaft. Und wie will die NPD dann ihre kostspieligen Wahlkampfversprechen finanzieren: eine „nationale Sozialpolitik“, Steuerentlastungen, eine „nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik“, wohnortnahe Gesundheitsversorgung und so weiter? Auch hierauf ist die NPD bislang eine überzeugende Antwort schuldig geblieben.

## DER FRAGWÜRDIGE UMGANG DER NPD MIT GELD

Die NPD klagt wie fast alle anderen Parteien über die „extreme Staatsverschuldung“ Deutschlands. Es ist jedoch ziemlich unwahrscheinlich, dass die Nationaldemokraten – wenn sie denn mehr zu sagen hätten – tatsächlich bessere Finanzpolitiker wären. Seit Jahren liegen die Ausgaben der Partei über ihren Einnahmen. Zwischenzeitlich waren die Schulden der NPD so hoch, dass die Partei drohte, pleitezugehen. Hinzu kommen immer wieder Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von staatlichen Zuwendungen und Spendengeldern sowohl auf der Landes- als auch der Bundesebene.

So musste sämtlichen Mitarbeitern der Berliner Parteizentrale im März dieses Jahres vorübergehend gekündigt werden, weil die NPD die Gehälter nicht länger bezahlen konnte. Hintergrund war ein fehlerhafter Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007, was zu Zahlungseinstellungen vonseiten des Bundestages und einer Strafe von 1,27 Millionen Euro führte.

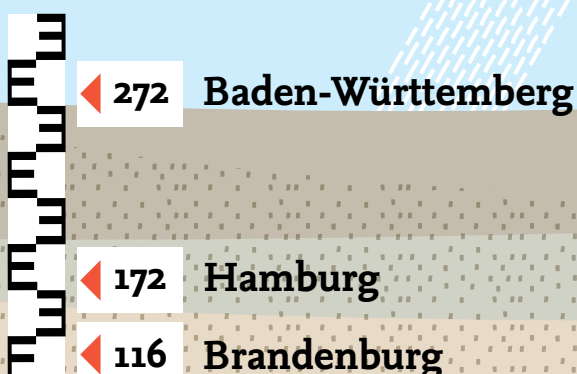
Übrigens: Die NPD hat bereits in der Vergangenheit (1997–1999) Spendenangaben falsch ausgewiesen und musste dafür knapp 900.000 Euro an den Bundestag zurückzahlen.

## THILO SARRAZIN – EIN FREUND DER „KLEINEN LEUTE“?

Die NPD schätzt Thilo Sarrazin als Gesinnungsgenossen. So jubelte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel: „Sarrazin hat ein NPD-Buch geschrieben.“

Und dies obwohl der SPD-Politiker und ehemaliges Vorstandsmitglied der Bundesbank doch eine ganz andere Erklärung für Armut und Arbeitslosigkeit in Deutschland parat hat als normalerweise die Nationaldemokraten. Für Sarrazin liegt der Grund nicht bei den Ausländern, sondern schlicht darin, dass die deutschen Armen zu blöd und faul sind. In seinem Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ schreibt er: „Während die Tüchtigen aufsteigen, werden in einer arbeitsorientierten Leistungsgesellschaft nach ‚unten‘ vor allem jene abgegeben, die weniger tüchtig, weniger robust oder ganz schlicht ein bisschen dümmer und fauler sind.“ Zu den Dummen zählt er auch einen Teil der Ostdeutschen. So sieht er als erwiesen an, dass „die in Schwaben lebenden Menschen durchschnittlich einen höheren Intelligenzquotienten als jene in der Uckermark“ hätten.

I ♥ Brandenburg



Brandenburg hat's trockener

Niederschlagsmengen im Vergleich zu ausgewählten Bundesländern, Liter pro Quadratmeter im Herbst 2012

# EUROPA – ZU TEUER?

*Die Eurogegner verschweigen, dass vor allem Deutschland von der Eurozone profitiert*

Seit einiger Zeit führt die NPD Mahnwachen und Kundgebungen gegen die sogenannte Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung durch. Auch in Brandenburg organisierte die Partei im Frühjahr und Sommer dieses Jahres eine Reihe von Anti-Euro-Protesten.

Die NPD spricht sich für einen Austritt aus der Eurozone aus und fordert „die Wiedereinführung der D-Mark zu einem sozial gerechten Wechselkurs“. Ähnlich die neu gegründete Partei „Alternative für Deutschland“ (siehe Kasten S. 6). Darüber hinaus beklagt die NPD „hohe Transferzahlungen zu Lasten Deutschlands“ und fordert: „Sämtliche Zahlungen an auswärtige Staaten und Institutionen, denen keine entsprechenden Gegenleistungen gegenüberstehen, sind einzustellen.“ Doch wie sehen die Fakten aus?

## *Ist Deutschland tatsächlich der Zahlmeister Europas?*

Deutschland ist – gemessen an seiner Größe und seiner Wirtschaftsleistung – bei Weitem nicht das Mitgliedsland mit den höchsten Beitragszahlungen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung zahlen die Dänen und Italiener mehr an die Europäische Union. Gemessen an der Bevölkerung liegen die Dänen (mit 193 Euro pro Einwohner) und die Finnen (mit 103 Euro pro Einwohner) vor den Deutschen oder den Franzosen (mit jeweils 93 Euro pro Einwohner). Brandenburg gehört übrigens zu den Regionen in Deutschland und Europa, die in den letzten Jahren besonders stark mit EU-Mitteln gefördert wurden.

## *Warum Deutschland von der Europäischen Union und dem Euro profitiert*

Nicht zu unterschätzen ist: Die Europäische Union und der Euro schaffen sichere Investitionsbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Mithilfe von EU-Geldern werden Regionen in ganz Europa aufgepäpelt. Das ist für die deutsche Wirtschaft sehr wichtig: Schließlich gehen 60 Prozent der deutschen Exporte in die Europäische Union und 40 Prozent der Exporte in den Euroraum. Allein zwischen 2000 und 2009 erzielte Deutschland im Geschäft mit den südeuropäischen Staaten und Frankreich einen Überschuss von 600 Milliarden Euro. Das entspricht einem Viertel der deutschen Wirtschaftsleistung. Daran zeigt sich: Deutschland ist auf Europa und die Europäische Union angewiesen.

## *Zu den Hilfskrediten und Euro-Rettungspaketen*

Einige Anmerkungen zu den sogenannten Hilfskrediten an Griechenland und andere „Krisenländer“ sowie zu den Euro-Rettungspaketen, gegen die die NPD Mahnwachen organisiert. Es stimmt: Die Kredite und die Beteiligung Deutschlands am neuen dauerhaften Euro-Rettungsfonds ESM schlagen erst einmal negativ zu Buche. Sie führen zu einer Belastung des Bundeshaushaltes in Milliardenhöhe. Allerdings profitiert Deutschland auch von der aktuellen Krisenpolitik. In den letzten Jahren erzielte Deutschland satte Zinsgewinne. So sind zum Beispiel die umstrittenen Hilfen, die die Bundesregie-

rung Griechenland als Kredit gewährt, nicht einfach weg, sondern das Geld kommt mit großer Wahrscheinlichkeit wieder, inklusive Zinsen. Das ist ein gutes Geschäft für den „deutschen Steuerzahler“. 2012 flossen aus Griechenland mehrere Hundert Millionen Euro an Zinsen nach Deutschland zurück. Noch wichtiger: Da Deutschland in der Eurokrise für Anleger als „sicherer Hafen“ gilt, fielen die Renditen für deutsche Staatsanleihen auf ein Rekordtief. Daher findet die Bundesregierung auch, wenn sie selbst Kredite aufnehmen will, sehr leicht Geldgeber und muss kaum mehr Zinsen an ihre Gläubiger zahlen. Der damit zusammenhängende Gewinn wurde zu Beginn des Jahres 2012 auf etwa 60 Milliarden Euro geschätzt. Das ist einer der Gründe dafür, warum Deutschland zurzeit die Staatsverschuldung abbauen kann.

Übrigens: Die unmittelbare Rechnung für diese deutschen Hilfskredite zahlen vor allem die Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Rentner in Griechenland, Portugal oder Spanien. An ihnen wird gespart, ihre Einkommen sinken, damit die Kredite bedient und Zinsen an Deutschland gezahlt werden können.

## EU-FÖRDERMITTEL FÜR BRANDENBURG 2007-2013

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):

➡ **1.499 Mio. Euro**

Europäischer Sozialfonds (ESF):

➡ **620 Mio. Euro**

Europäischer Landwirtschaftsfonds (ELER):

➡ **1.062 Mio. Euro**

## SO PROFITIERT BRANDENBURG VON DER EUROPÄISCHEN UNION

Gerade Brandenburg profitiert massiv von der EU-Förderung. Aus den verschiedenen EU-Haushalten flossen zwischen 2007 und 2013 insgesamt drei Milliarden Euro. Investiert werden sie in die Bereiche Bildung und Wissen, in den Bau von Straßen und verbesserte Bahnverbindungen, in die Weiterbildung von Arbeitslosen und in die Landwirtschaft.

Den brandenburgischen Bauern finanziert die EU neue Melkhäuser. Mit EU-Mitteln werden historische Gebäude wie das Kloster Neuzelle saniert. Für 300.000 Euro wurde das Naherholungsgebiet Körbaer Teich an den Fläming Skate angebunden. Für 1,1 Millionen Euro unterstützt die EU Existenzgründungen von Arbeitslosen der Stadt Brandenburg. 240.000 Euro an EU-Geldern kommen der Stadt Frankfurt/Oder und dem regionalen Netzwerk „Photovoltaik-Elektronik-Dienstleister“ zugute.

# KLAUEN AUSLÄNDER ARBEITSPLÄTZE?

*Wenn die NPD Ausländer zu Sündenböcken macht, verkennt sie, wie wichtig diese Menschen für unser Land sind*

**W**arum sind viele Brandenburger so arm, warum haben so viele Menschen hier keine Arbeit oder verdienen zu wenig? Antwort der NPD: wegen der Ausländer. Glaubt man der NPD, so ist die Massenarbeitslosigkeit eine direkte Folge der Einwanderung. „Millionen von Ausländern sind nach Deutschland eingeschleust“ worden und arbeiten hier zu Billiglöhnen. Profiteur sei das „Großkapital“. Daher will die NPD „jegliche Lohndrückerei durch Fremdarbeiter im eigenen Land unterbinden“. „Ausländische Arbeitsplatzkonkurrenten und Sozialschnorrer“ seien durch eine Politik der „Ausländerrückführung“ außer Landes zu schaffen.

Gerade in Brandenburg treibt viele Menschen die Angst um ihren Arbeitsplatz um. Viele Jugendliche finden keine oder nicht die von ihnen gewünschte Lehrstelle und haben Angst vor der Zukunft. Doch macht es tatsächlich Sinn, den Einwanderern und Flüchtlingen in Deutschland dafür die Schuld in die Schuhe zu schieben und sie des Landes zu verweisen? Wir sind davon überzeugt: Nein. Die Abschiebung von über einer Million Menschen, die zum Teil aus Kriegsgebieten und Diktaturen zu uns geflohen sind, ist menschenverachtend. Außerdem verkennt diese Forderung der NPD einige wichtige Fakten:

**1.** Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Höhe des Ausländeranteils an der Bevölkerung und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

In Brandenburg ist die Arbeitslosigkeit mit 10,3 Prozent (April 2013) immer noch vergleichsweise hoch. Dagegen ist der Anteil der Ausländer hier an der Bevölkerung mit 2,8 Prozent sehr gering. Umgekehrt ist es zum Beispiel in Baden-Württemberg. Hier liegt die Arbeitslosigkeit bei 3,9 Prozent, der Ausländeranteil an der Bevölkerung jedoch bei 12,1 Prozent.

**2.** Ein großer Teil der Stellen, die Ausländer einnehmen, sind solche, die nicht mit Deutschen besetzt werden konnten.

Zum einen ist gesetzlich geregelt, dass freie Arbeitsstellen in Deutschland erst dann mit Einwanderern aus fernen Ländern besetzt werden dürfen, wenn zuvor kein Deutscher oder EU-Bürger dafür gefunden werden konnte.

Zum anderen handelt es sich bei sehr vielen Zuwanderern um hoch qualifizierte Fachkräfte, die in Deutschland fehlen, darunter Pflegekräfte, Lehrer und Erzieher, Ingenieure und Mathematiker. Es wird geschätzt, dass bis zum Jahr 2025 die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland um rund sechs Millionen sinken und damit der Arbeitskräftemangel noch weiter zunehmen wird.

**3.** Viele Ausländer in Deutschland sind erfolgreiche Unternehmer und schaffen dadurch selbst Arbeitsplätze. Sie beschäftigen derzeit etwa 160.000 Menschen, darunter auch viele Deutsche.

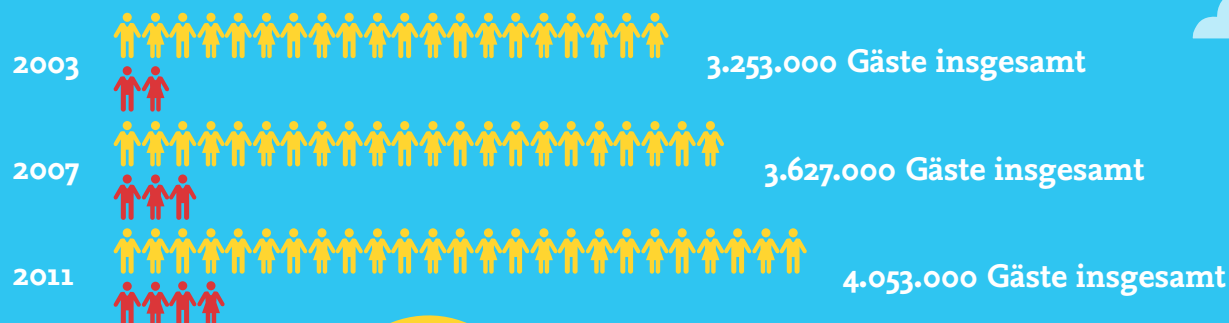
In Ostdeutschland hat sich fast jeder fünfte Zugewanderte selbstständig gemacht. Somit tragen die Unternehmen von Ausländern durch ihre Angebote und die Zahlung von Miete sowie Gewerbe- und Umsatzsteuern auch zur wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs bei.

**4.** Dort, wo Ausländer mit Deutschen tatsächlich um Arbeitsplätze konkurrieren wie zum Beispiel im Baugewerbe und sich dies in Lohndrückerei bzw. Lohnraub niederschlägt, helfen Gewerkschaften, Solidarität und ein gemeinsames Engagement für Mindestlöhne mehr als die NPD oder andere Parteien mit einfachen Parolen.

Neben Mindestlöhnen lohnt es sich gerade in Brandenburg, für ein besseres Bildungssystem, mehr Ausbildungsplätze mit Zukunft und eine kluge Wirtschafts- und Sozialpolitik einzutreten. Hierfür bieten andere Parteien als die rechtsextremen jedoch sinnvollere und realitätsnähere Vorschläge und Konzepte an.

## Willkommen in Brandenburg!

Für immer mehr inländische wie ausländische Touristen ist Brandenburg ein beliebtes Reiseziel.



I ♥ Brandenburg



## PRO DEUTSCHLAND

„Pro Deutschland“ kämpft vor allem gegen die muslimischen Migranten in Deutschland. Hört man der Kleinpartei zu, so gewinnt man den Eindruck: Alle Türken und Araber sind integrationsscheu, kriminell und islamistisch. Das mag im Einzelfall zutreffen. In der Gesamtheit aber ist das Blödsinn. Das weiß im Prinzip auch jeder. Anders sieht es mit der Behauptung von „Pro Deutschland“ aus, Ausländer würden massenhaft nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen abzugreifen. Da scheint es unter der Bevölkerung eine größere Zustimmung zu geben. Man will „nicht das Sozialamt für die ganze Welt“ sein. Aber nutzen Ausländer tatsächlich das deutsche Sozialsystem aus? Wohl kaum. Erstens kriegt ein Ausländer gar nicht so leicht Hartz IV. Zweitens: Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ergibt sich für das hiesige Sozialsystem durch die Einwanderung ein Plus. Bereits heute zahlt jeder in Deutschland lebende Ausländer im Durchschnitt 2.000 Euro jährlich mehr an Steuern und Sozialbeiträgen, als er an Leistungen erhält.

## ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gibt sich als konservative Partei der Mitte und will mit Neonazis keine gemeinsame Sache machen. Die AfD verspricht, Deutschland vor dem bösen Euro zu retten, was an sich schon Unsinn wäre. Denn eine Auflösung der Eurozone würde die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Krise stürzen. Daneben findet einer der AfD-Gründer, Konrad Adam, den Vorschlag gut, Arbeitslosen das Wahlrecht zu entziehen. Der andere AfD-Gründer, Bernd Lucke, hat auch ein paar bemerkenswerte Ideen: eine „niedrigere Entlohnung der ohnehin schon Geringverdienenden“, verlängerte Arbeitszeiten, weniger Urlaub und „höhere Leistungsbereitschaft“. Ein Dorn im Auge ist der AfD auch die angebliche „ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“. Hier treibt sie es allerdings nicht so wild wie andere und fordert stattdessen eine „qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung“ mithilfe eines Quotensystems. Und die AfD spricht sich für „mehr direkte Demokratie“ aus. Aber nicht für sich selbst: Das Parteiprogramm wurde ohne Diskussion beschlossen, die Partei ist straff organisiert, nur wenige Parteimitglieder dürfen für die AfD öffentlich sprechen.

# „ICH WARTE NOCH HEUTE AUF MEIN GELD“

## Interview mit einem ungarischen Bauarbeiter

*Wer nach Deutschland zum Arbeiten kommt, erhält oft nur geringen Lohn. Manchmal auch gar keinen. Windige Unternehmer nutzen die Not der Ausländer aus. So wie den ungarischen Bauarbeiter, mit dem wir gesprochen haben. Seinen Namen will er nicht nennen – schließlich will er weiter in Deutschland arbeiten können.*

### Wo haben Sie in Deutschland gearbeitet?

Das erste Mal habe ich im vergangenen Jahr für fünf Monate auf zwei Großbaustellen gearbeitet. Wir waren 40 Männer, alles Elektriker. Ein deutscher Unternehmer hat uns übers Internet angeworben. Die haben uns in einem Bus nach Deutschland gebracht, zuerst nach Süddeutschland. Dort haben wir auf einer Großbaustelle Starkstromkabel verlegt.

### Wo haben Sie gewohnt?

Am Anfang alle zusammen in einer großen Halle. Da gab es zwei Toiletten und zwei Duschen für 40 Männer. Dann wurde es etwas besser, und wir wurden

in Wohnungen untergebracht. Immer vier Personen haben sich ein Zimmer geteilt. Dafür hat jeder von uns 200 Euro pro Monat gezahlt.

### Und wie viel haben Sie verdient?

Unser Auftraggeber war ein Subunternehmer, der hatte uns 1.200 Euro im Monat zugesagt. Im ersten Monat haben wir 1.000 Euro bekommen, das Geld für die Unterkunft haben sie uns abgezogen. Überstunden wurden nicht bezahlt. Dann im September wurden wir auf eine andere Großbaustelle in Brandenburg gebracht. Wieder war die Unterkunft am Anfang eine Katastrophe. Außerdem gab es Probleme mit der Bezahlung.

### Was heißt das?

Wir bekamen nur noch Abschlagszahlungen, mal 50 Euro oder auch mal 100 Euro. Anfang Oktober haben einige gesagt, sie machen das nicht mehr mit. Die wurden sofort entlassen und mussten raus aus den Unterkünften. Im November bekamen wir dann wieder 1.000 Euro, aber es fehlte noch Geld aus Oktober. Wir haben noch bis Ende des Jahres gearbeitet und kurz vor Weihnachten noch mal 500 Euro bekommen. Dann war der Auftrag zu Ende. Ich warte heute noch auf mein Geld. Die müssten mir noch mindes-

tens 3.000 Euro bezahlen, die Überstunden gar nicht mitgerechnet. Aber die Firma soll inzwischen insolvent sein. Da wird nichts mehr kommen.

### Wer ist dafür verantwortlich?

Natürlich der Unternehmer, der uns angeworben hat. Aber eigentlich auch der Generalunternehmer, der ja die Aufträge an Subunternehmer vergibt. Die wissen doch auch Bescheid über diese Machenschaften und kalkulieren damit. Da kann mir keiner was erzählen.

### Kommt so etwas häufiger vor?

Es passiert öfter, dass Leute ausgenommen werden und umsonst arbeiten. Man muss wirklich aufpassen, an wen man gerät. Ich habe Kollegen, deren Familien wurden in Ungarn bedroht, weil sie sich hier an die Gewerkschaft gewendet haben. Und ich möchte auch nicht, dass mein Name in der Zeitung steht.

# DIE NPD SCHÜRT KRIMINALITÄTSANGST

*Die Kriminalität in den Grenzregionen ist auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren*

Besonders Brandenburg leidet unter den offenen EU-Grenzen, kritisiert die NPD. „Die Herrschenden öffnen alle Grenzen ‚für die Reisefreiheit‘ und beschützen uns unkontrollierbaren Autoklau und Einbrüche. Ausländerbanden kontrollieren ganze Stadtteile von Großstädten.“

Welche „Großstädte“ die NPD meint, bleibt ihr Geheimnis. Auch in Berlin kontrollieren „Ausländerbanden“ keine Stadtteile. Das macht immer noch die Polizei. Aber der NPD ist keine Behauptung blöd genug, um Angst zu schüren.

Was stimmt, ist: In den Grenzregionen Brandenburgs gibt es mehr Kriminalität als im Rest des Lan-

des. Aber: „Das heißt nicht zwangsläufig: Die Täter kommen aus Polen oder Osteuropa. Die sind ja nun nicht deutlich schlauer als wir“, sagt einer, der es wissen muss: Arne Feuring, Polizeipräsident des Landes Brandenburg. Der Anteil der Nicht-Deutschen an den Tätern sei in den vergangenen Jahren ständig gesunken. Er liegt heute laut Feuring bei etwa 25 Prozent.

Zudem hat die Grenzriminalität in Brandenburg 2012 den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreicht. Insgesamt zählte die Polizei hier im vergangenen Jahr 20.250 Delikte. 2002 – also vor der Grenzöffnung zu Polen – waren es mehr als 37.000.

Beim Diebstahl zählte die Polizei in der Brandenburger Grenzregion 9.130 Fälle. Zehn Jahre vorher waren es noch 12.500.

Und was ist mit dem berüchtigten Autoklau? 2012 wurden 546 Fälle von Kfz-Diebstahl erfasst – fast ein Fünftel weniger als im Vorjahr. Da waren es noch 669 Fälle. So viel zum Thema „ausufernde Kriminalität“ im Grenzgebiet.

## GRENZKRIMINALITÄT

*Gesamtkriminalität in den brandenburgischen Grenzgemeinden*

2002	↔	37.397	
2004	↔	31.614	↔ EU-Beitritt Polens am 1.5.2004
2006	↔	28.555	
2007	↔	28.487	↔ Wegfall der Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze 21.12.2007
2008	↔	24.748	
2012	↔	20.251	

Quelle: Innenministerium Brandenburg



## AUSLÄNDERKRIMINALITÄT – DIE FAKTEN

*Es stimmt: Der Anteil an Kriminellen ist unter Ausländern größer als bei Deutschen. Aber woran liegt das? Weil Ausländer nun mal krimineller sind? Nein, die Gründe sind viel einfacher und haben viel mit Statistik zu tun.*

- 1. Alter:** Jugendliche sind überall auf der Welt krimineller als andere Altersgruppen. Unter den Ausländern in Deutschland ist der Anteil der Jugendlichen überdurchschnittlich hoch.
- 2. Geschlecht:** Kriminelle sind meistens Männer. Auch bei den Ausländern in Deutschland überwiegt der Anteil von Männern.
- 3. Soziale Herkunft:** Arme Menschen sind häufiger kriminell. Ausländer in Deutschland sind wegen ihrer schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt häufiger arm. Steuerhinterziehung oder Wirtschafts- und Umweltverbrechen sind typische Verbrechen reicherer Menschen. Sie werden daher häufiger von Deutschen begangen. Solche Straftaten gehen jedoch nicht in die Polizeistatistik ein.
- 4. Großstädte:** Überall auf der Welt konzentriert sich die Kriminalität in großen Städten. Auch Ausländer in Deutschland leben vorwiegend im städtischen Raum.
- 5. Rassismus:** Bestimmte Gruppen von Ausländern gelten grundsätzlich als verdächtig. Daher werden sie von Kaufhausdetektiven oder Polizei auch häufiger überwacht und geschnappt. Wer als Krimineller „echt deutsch“ aussieht, hat eine größere Chance, unbestraft davonzukommen. Zudem können bestimmte Straftaten nur von Nicht-Deutschen begangen werden wie zum Beispiel Verstöße gegen die Residenzpflicht oder gegen andere ausländerrechtliche Bestimmungen.

Quelle: Bosbach, Gerad/Korff, Jens Jürgen: Lügen mit Statistik, München 2011

# FALSCHER LÖSUNGEN

Warum mit der NPD die „soziale Schere“ nicht kleiner und die Situation von Hartz-IV-Beziehern nicht besser werden wird

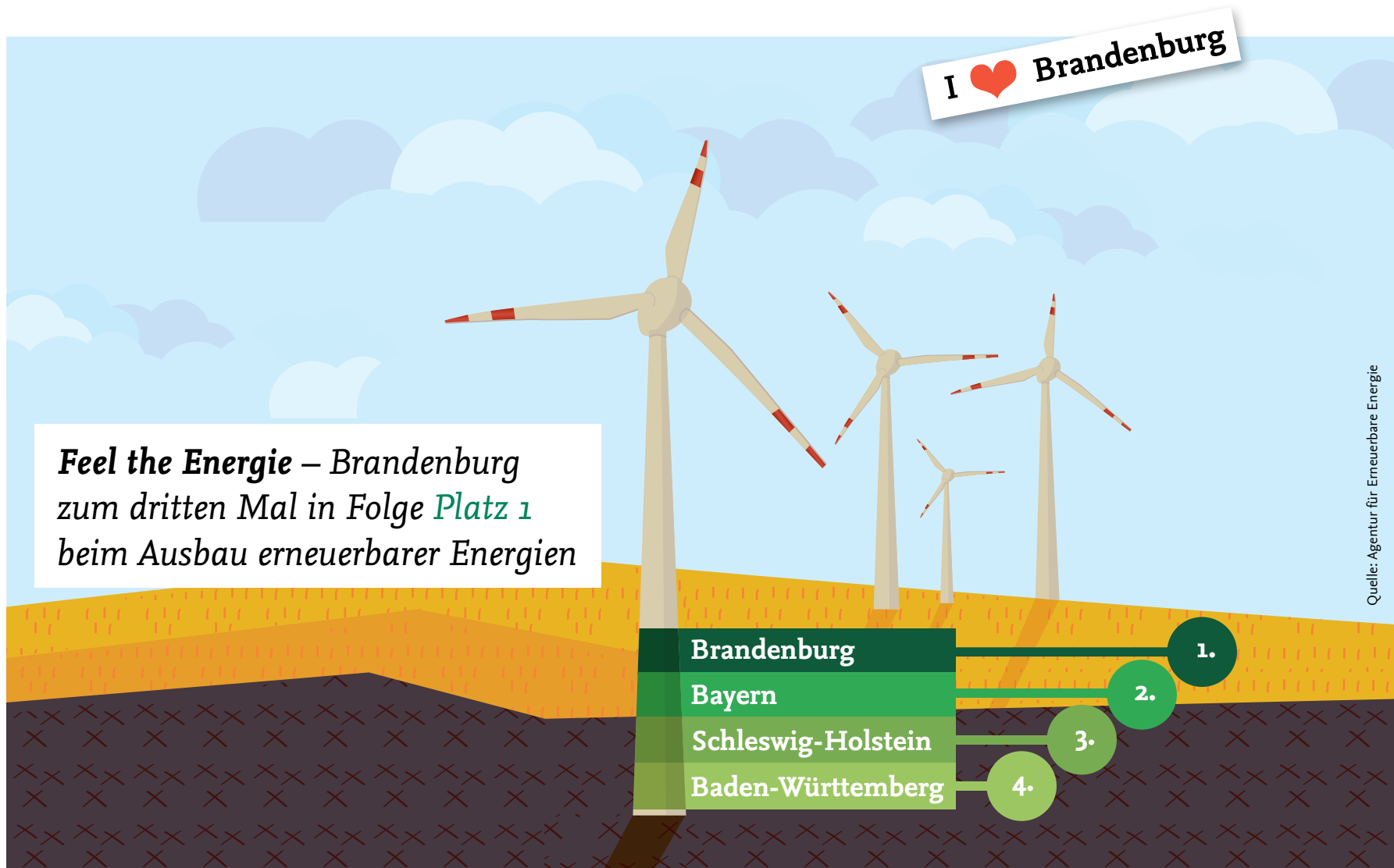
Die NPD kritisiert – wie übrigens fast alle Parteien – das immer weitere Auseinanderklaffen zwischen denjenigen mit großem Vermögen und denjenigen, die immer weniger zum Leben haben. In ihrem Parteiprogramm ist zu lesen: Die soziale Schere zwischen Arm und Reich dürfe sich nicht so weit öffnen, „dass Klassengegensätze verstärkt und die Volksgemeinschaft gesprengt wird“.

Eine interessante Kritik. Dass es eine „soziale Schere“ und die „Klassengegensätze“ gibt, findet die NPD offensichtlich in Ordnung. Sie dürfen laut NPD nur nicht so offensichtlich werden. Denn das

schädigt das Gemeinschaftsgefühl. Solange niemand sich beschwert, sagt die NPD damit, dürfen die Armen ruhig immer ärmer und die Reichen immer reicher werden.

Dieselbe NPD, die in der Öffentlichkeit gern so tut, als stehe sie auf der Seite der Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger, meint zudem: „Jeder Deutsche hat das Recht wie auch die Pflicht, zu arbeiten.“ Zur Not müsse jeder „Arbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet“ werden. Gegen Arbeitszwang hat die NPD also nichts, selbst wenn es nicht ausreichend Stellenangebote gibt.

Es sollte sich auch niemand Hoffnung machen, dass der Hartz-IV-Satz steigen würde, wenn die Ausländer erst mal raus aus Deutschland wären. Der deutsche Arbeitslose ist nicht arm, weil ihm der Ausländer etwas wegnimmt, sondern weil die an der Regierung den Arbeitslosen nicht mehr geben wollen. Wer nicht arbeitet, kriegt in Deutschland vom Staat nur das Nötigste zum Überleben, damit der Anreiz steigt, jede Stelle anzunehmen, egal zu welchen Bedingungen. Wer nicht arbeitet, der soll arm sein und leiden. Denn sonst bemüht er sich ja angeblich gar nicht um einen Job. Das sieht auch die NPD so.



## Das Aktionsbündnis Brandenburg

Wir sind ein Netzwerk von Organisationen, lokalen Bündnissen und Persönlichkeiten Brandenburgs, die gemeinsam gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus mobilisieren. Gegründet wurde

unser Aktionsbündnis 1997. Heute sind wir knapp 70 Organisationen aus fast allen Ecken des Landes, die in verschiedenen Bereichen aktiv sind. Mitglied des Aktionsbündnisses können Jugendgruppen, Bürgerinitiativen oder Verbände aus Brandenburg werden.  
[www.aktionsbueundnis-brandenburg.de](http://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de)



## Impressum

Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit  
Mittelstraße 38/39, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331 505824-25  
Fax: 0331 505824-29  
E-Mail: [kontakt@aktionsbueundnis-brandenburg.de](mailto:kontakt@aktionsbueundnis-brandenburg.de)  
© Potsdam 2013

**Redaktion:** TEXT-ARBEIT, Annika Eckel, Jonas Frykman  
**V.i.S.d.P.:** Jonas Frykman  
**Illustrationen:** Nicole Baumunk  
**Gestaltung:** FLMH Labor für Politik und Kommunikation | [www.flmh.de](http://www.flmh.de)  
**Herstellung:** Berliner Zeitungsdruck  
**Förderung:** F.C. Flick Stiftung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz